

Wir sagen Ja zu unseren kommunalen Unternehmen und Einrichtungen –

Privatisierungen sind kein Mittel zur Lösung der Finanzmisere der Städte und Gemeinden

Seit 1439 „Sankt Georg“ in städtischer Hand

Seit 100 Jahren städtische Energieversorgung durch ein kommunales Unternehmen

Seit 1918 kommunale Straßenbahnen

. . . aber gegenwärtig scheinen alle kommunalen Einrichtungen und Dienstleistungen in Frage gestellt zu werden.

Im September vergangenen Jahres hat die Industrie- und Handelskammer (IHK) mit einem in die Öffentlichkeit lancierten internen Gutachten eine breite Privatisierungsdebatte in den Gremien und Medien der Stadt ausgelöst. Erste Anträge im Stadtrat zur Privatisierung städtischer Einrichtungen und Dienstleistungen wurden eingereicht.

Im aktuellen Oberbürgermeisterwahlkampf werden Forderungen zu Komplett- bzw. Teilverkäufen städtischer Unternehmen und Einrichtungen oder zur Ausgliederung kommunaler Dienstleistungen laut.

CDU- Kandidat Robert Clemen spricht sich für weitere Ausgliederungen und Personalabbau im Bereich der technischen Ämter und der Bauverwaltung der Stadt aus und fordert z. B. eine Überprüfung der von der LVB erbrachten Nahverkehrsleistungen. Sein Fraktionsvorsitzender Alexander Achminow kündigt an, dass seine Partei der Konzernstrategie der Leipziger Verkehrs- und Versorgungsgesellschaft mbH (LVV) nur zustimmen wird, „wenn sie mit erheblichen Privatisierungen verbunden ist“. Er wendet sich gegen eine „weitere Aufblähung des LVV- Kombinats“.

FDP- Kandidat Ulrich Kessler fordert, rund die Hälfte der Beschäftigten der Stadtverwaltung zu entlassen und außer den LVB und Wasserwerken alle kommunalen Unternehmen zu verkaufen.

Privatisierung als Allheilmittel zur Kostenentlastung der Stadt und der Bürgerinnen und Bürger und zur Erschließung neuer Geschäftsfelder für den Leipziger Mittelstand?!

Bisher gibt es keine ernsthafte Diskussion über die Erfahrungen mit Privatisierungen, ihren Auswirkungen auf das Leistungsangebot für Bürgerinnen und Bürger und die kommunalen Finanzen.

Ein Blick über den Tellerrand nach Potsdam oder Berlin könnte lehrreich sein.

Kommunale Unternehmen und Einrichtungen und ihre Dienstleistungen sind aus unserer Sicht unverzichtbar, denn:

- sie sichern für die Bürgerinnen und Bürger allgemein zugängliche, zuverlässige und bezahlbare Dienstleistungen von hoher Qualität,
- sie garantieren für die lokale und regionale Wirtschaft – für Handel, Handwerk und Industrie – wichtige Infrastrukturleistungen,
- kommunale Unternehmen gleichen untereinander Gewinn und Verlust aus und entlasten dadurch den Stadthaushalt z.B. von Zuschüssen für den öffentlichen Nahverkehr,

- kommunale Unternehmen sichern Aufträge für private Unternehmen in der Stadt und im Umland; so haben die Unternehmen der LVV seit ihrem Bestehen (1997- 2004) Aufträge mit einem Volumen von einer knappen Milliarde Euro an private Unternehmen vergeben,
- die Stadt und ihre Unternehmen und Einrichtungen tragen damit zur Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, von Kaufkraft und Steuereinnahmen in der Stadt und im Umland bei.

Das Argument, dass durch den Verkauf städtischer Einrichtungen und Unternehmen die mittelständische Wirtschaft profitieren würde, ist nicht stichhaltig. Denn als Käufer, gerade für große Unternehmen wie z.B. die Stadtwerke, kommen in der Regel nur national oder international agierende Konzerne in Frage. Womit der Abfluss der Erträge aus Stadt und Region vorprogrammiert ist.

Noch in diesem Jahr soll eine Entscheidung über die Zukunft des Klinikums „Sankt Georg“, des letzten kommunalen Krankenhauses in Leipzig, gefällt werden. Ferner soll über einen Anteils- oder gar Komplettverkauf der Stadtwerke beraten werden.

Nicht nur in diesen Fällen geht es für die Beschäftigten und die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt um Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung.

Deshalb fordern wir:

- eine breite öffentliche Diskussion über die Ziele geplanter Strukturveränderungen der städtischen Unternehmen, Eigenbetriebe und der Verwaltung,
- die Information und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an diesen Entscheidungsprozessen,
- die rechtzeitige und umfassende Einbeziehung der Betroffenen und ihrer Vertretungen.

Es ist gelebte Demokratie, wenn Bürgerinnen und Bürger sich über Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in kommunale Grundsatzentscheidungen einmischen. In vielen Städten und Gemeinden wurden diese erfolgreich durchgeführt.

Auch Leipziger Bürgerinnen und Bürger können sich dieser Mittel bedienen!

Hunderte von Jahren öffentlicher Daseinsvorsorge können und sollen nicht kurzfristiger Entlastung der Stadtkasse geopfert werden. Ob Tafelsilber, das nicht verkauft werden soll, die Milchkuh, die man nicht schlachtet oder Saatgut, das nicht gegessen werden darf:

Aktive und mündige Bürgerinnen und Bürger werden sich in die anstehenden Auseinandersetzungen einbringen, um ihr kommunales Eigentum zu schützen!

Hans- Jörg Barthel
ver.di (Stadtreinigung)

Matthias Irmscher
ver.di (LVB)

Viola Rabe
ver.di (Stadtverwaltung)

Wolfgang Franke
attac Leipzig

Bernhard Krabiell
ver.di – Bezirksgeschäftsführer

Michael Roick
ver.di (Stadtverwaltung)

Hilmar Geiger
ver.di (Stadtreinigung)

Andreas Mannschatz
ver.di (LWB)

Bernd Schlegel
(KWL)

Tobias Haupt
ver.di (Klinikum St. Georg)

Jens Naumann
attac Leipzig

Udo Schieritz
ver.di (SWL)

Leipzig, 30. März 2005